



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/213 - 14.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 890

| | |
|---|------|
| Die Rolle der SPD | S. 1 |
| Schwerer Schlag für finnische Kommunisten | S. 3 |
| Fusion CSU und Bayernpartei ? | S. 5 |
| Zum Treffen des 'frikakorps in Hannover | S. 7 |

"Das soziale Gewissen in Westdeutschland"

P.R. Mit auffallendem Nachdruck legt Dr. Adenauer nach dem 6. September Wert auf die Feststellung, seine künftige Regierung werde sich durch Masshalten auszeichnen. Müsste man diese Mässigung eigentlich immer und immer wieder versprechen, wenn die innere Anfälligkeit für das, wogegen man sich damit verwahrt, im eigenen und im Urteil der anderen nicht vorhanden ist? Aber Dr. Adenauer kennt sich selbst und die Meinung, die man von seinen autoritären Neigungen hat, sehr gut.

Es sind bei sehr vielen von denen, die das Votum einer Wählermehrheit für Dr. Adenauer begrüsst, sofort Bedenken wegen der Grösse des Erfolgs der CDU und im einzelnen besonders wegen einer Zweidrittelmehrheit geäussert worden, die für die Regierung vorhanden wäre, wenn man die 27 Stimmen des BHE in die Koalition einbezieht. Man hat den Erfolg der CDU vielfach als ein Zeichen der Reife des deutschen Volkes gepriesen, in dem Sinne, dass es sich von allen Splitterparteien abgewandt habe.

Aber man äusserte auch im gleichen Atemzuge Befürchtungen, dass dieser angebliche Reifebeweis grosse Gefahren dadurch in sich berge, dass er die Versuchung zum Missbrauch der Macht durch die Führungsgruppe mit sich bringe. Ohne dass man direkte Parallelen zu ziehen braucht, die z.B. im Hinblick auf den Nationalsozialismus wohl auch unangebracht wären, so hat doch die

Erfahrung gezeigt, dass Masshalten in der Machtausübung gewiss nicht zu den besonderen deutschen Fähigkeiten und Vorzügen gehört. Dem ausgeprägten und weitverbreiteten deutschen Wunsch nach "fester Ordnung" und "straffer Hand", der Neigung, den individuellen politischen Willen für eine möglichst lange Zeit auf dem Wege der Ermächtigung anderen zu übertragen und damit politischer Sorgen und Überlegungen weitgehend entledigt zu sein - mit dieser Haltung korrespondiert die Bereitschaft bestimmter politischer Führungsschichten und einflussreicher Wirtschaftskreise, sich diese psychologischen Gegebenheiten nach Kräften zunutze zu machen.

Tendenzen der erwähnten Art sind schon in den wenigen Tagen seit der Wahl sehr deutlich geworden, sie haben die Mässigungsbestrebungen einigermaßen entkräftet. Das Ausland hat davon Kenntnis genommen und mit Unbehagen reagiert. In Stockholm schrieb z.B. das grosse liberale Blatt, gleichzeitig die grösste Zeitung in Schweden, "Dagens Nyeter", der erste Schritt des Adenauerschen Regimes sei gegen die Gewerkschaften gerichtet, die "New York Times" versah ihr z. B. Bonner Situationbericht am 11.9. mit der Überschrift: "Adenauer verlangt die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die staatliche Herrschaft", einen Tag später schrieb das gleiche Blatt von dem Versuch Adenauers, die Gewerkschaften von der Politik zu trennen, was in Europa neu sei, und die Gewerkschaften durch eine Partei zu kontrollieren, die auch die Regierung kontrolliere (d.h. in diesem Zusammenhang: bilde).

In diesem Zusammenhang wird klar, weshalb auf der anderen Seite sich die Stimmen häufen, die der SPD die Aufgabe stellen, die sich anbahnende Entwicklung mit scharfer kritischer Aufmerksamkeit zu verfolgen. In einem Artikel der "New York Times" vom 8. September wurde der SPD ohne Umschweife die Rolle des sozialen Gewissens in Westdeutschland zugewiesen. Leider liegen bereits Anzeichen dafür vor, dass zunächst technisch, später durch entsprechende Gesetze, mit Massnahmen zu rechnen ist, die einmal die in einer parlamentarischen Demokratie unerlässlichen Kontrollmöglichkeiten der Opposition beeinträchtigen und fortbestehen, soweit sie ihre publizistische Auswertung beschneiden und einengen sollen.

Zusammenbruch der Einheitspartei in Finnland

Von Bruno Kalpins, Stockholm

Die Partei der finnischen Nennis und Grotewohls, die Sozialistische Einheitspartei Finnlands (SEP) ist zusammengebrochen. Vor wenigen Tagen hat der Vizevorsitzende der SEP Dr. Hiitonen zusammen mit einer grösseren Gruppe aktiver Funktionäre der Partei ihren Austritt öffentlich bekanntgegeben. Sie sind gleichzeitig wieder in die Sozialdemokratische Partei Finnlands zurückgekehrt. Zwei andere bekannte Führer der SEP, die ehemaligen Minister Eino Pekkala und Helo, haben auch die SEP verlassen, sind aber parteilos geblieben. Diese Austritte bilden nur den Abschluss einer Entwicklung, die schon vor mehreren Jahren begonnen hatte.

Die SEP war 1946 von früheren Sozialdemokraten gegründet worden. Es waren Leute, die mit der Kriegspolitik der finnischen Sozialdemokraten unzufrieden waren und deshalb eine neue Partei bilden wollten. Andere wieder glaubten damals an die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Sie wollten zusammen mit ihnen radikale soziale Reformen für die Arbeiterschaft erzielen. Ferner gab es in den ersten Nachkriegsjahren viele, die von der Abhängigkeit Finnlands von der Sowjetunion überzeugt waren. Sie meinten, dass diese Abhängigkeit auch eine enge Zusammenarbeit mit den finnischen Kommunisten auf innenpolitischem Gebiete fordere. Da die alte sozialdemokratische Partei eine solche Zusammenarbeit ablehnte, gründeten sie eine neue Partei, die SEP. Schliesslich gab es 1944-46 auch viele, die einfach nach dem Kriegsende Angst vor den Russen hatten und durch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ihre Zukunft sichern wollten.

Nun, die politische Entwicklung ist einen anderen Weg gegangen. Die Sowjetunion wurde nicht der bestimmende Faktor in der finnischen Innenpolitik. Die kommunistische Expansion in Europa wurde gestoppt. 1948 wurden die Kommunisten und ihre Helfer aus der finnischen Regierung herausgeworfen. Sie sind zwar noch immer mit 43 Abgeordneten (von 200) im Parlament eine starke Oppositionspartei, aber sie haben keinen Einfluss auf die Regierung, die Polizei und die Administration. Die finnische Sozialdemokratie

ist wieder mit 53 Abgeordneten die grösste Partei des Landes und hat eine führende Stellung in den heute sehr starken Gewerkschaften.

Die Entwicklung der Nachkriegszeit hat also alle opportunistischen Gründe für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten abgeschafft. Die Spekulation auf Russland hat sich als falsch erwiesen. Sie hat aber auch, wie in vielen anderen Ländern, bewiesen, dass eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten praktisch unmöglich ist, falls man nicht ganz vor ihnen kapitulieren will.

Für die Kommunisten war die SEP stets nur eine kommunistische Tarnungsorganisation, um unzufriedene Elemente aus der Sozialdemokratie in ihre Reihen hinüberzuziehen. Die SEP wurde in eine Arbeitsgemeinschaft mit der kommunistischen Partei, den "Volksdemokratischen Verband Finnlands" aufgenommen. Dort wurde sie bald vollständig unter kommunistische Kontrolle gestellt. Die heute aus der SEP ausgetretenen Funktionäre haben in ihrem Aufruf, der grosses Aufsehen im Lande hervorrief, enthüllt, wie die Kommunisten die ganze Tätigkeit der SEP dirigiert haben. Die kommunistischen Parteileiter bestimmten über die SEP. Diese aber erhielten ihre Weisungen aus Moskau. So war schliesslich auch die SEP faktisch eine Waffe Moskaus im Kampfe gegen die finnische Demokratie und ihre staatliche Unabhängigkeit.

Es ist verständlich, dass eine solche Situation für die meisten der früheren Sozialdemokraten unerträglich wurde. Sie mussten allmählich ihre politischen Fehler erkennen und die SEP verlassen. Die SEP ist jetzt nur noch eine kleine Gruppe ohne Anhang und befindet sich zur Zeit in einem vollständigen Auflösungszustand. Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie, "Suomen Sosialidemokraatti" schreibt in einem Nekrolog über die SEP, dem bezeichnenderweise ein Kreuz zugefügt ist, mit Recht, dass man sich darüber eigentlich gar nicht wundern müsse: "Ein toter Körper löst sich immer auf und die SEP war schon längere Zeit tot".

Die Kommunisten werden noch die SEP dem Namen nach zu halten versuchen. Ihr nominelles Bestehen wird aber nur eine Scheinexistenz sein. Der Zusammenbruch der SEP ist ein schwerer Schlag für die finnischen Kommunisten, der sich auch bei den im Oktober fälligen Kommunalwahlen zeigen wird. Er ist auch ein politischer und moralischer Erfolg für die finnische Sozialdemokratie, deren kompromisslose Linie gegenüber den Kommunisten Recht behalten hat. Darüber hinaus hat der Zusammenbruch dieser finnischen Partei auch eine internationale Bedeutung. Er zeigt wieder einmal mit voller Klarheit, dass eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten unmöglich ist.

Bayerische Probleme nach der Wahl

K.T., München

Der Ausgang der Bundestagswahl hat bei einigen bayerischen Politikern jedes Mass von politischer Einsicht und Realität verloren gehen lassen. Ohne bestreiten zu wollen, dass gerade in Bayern das Ergebnis der Wahl als grosse Überraschung angesehen werden muss, so darf man doch nicht verkennen, dass sich dadurch die Stellung der SPD in der bayerischen Landespolitik nicht so grundlegend geändert hat, dass jene besagten christlich sozialen Politiker glauben dürfen, nun sei die Stunde gekommen, wo man "endlich die so verhasste SPD aus der bayerischen Regierungspolitik ausscheiden kann". Wenn in den letzten Tagen in der bayerischen Landeshauptstadt Stimmen laut geworden sind, die für eine sofortige Lösung des Koalitionsbündnisses zwischen SPD und CSU eintreten, darüber hinaus Landtagsneuwahlen fordern und schon jetzt triumphierend erklären, damit würde endlich wieder eine "rein christliche Regierung die Geschicke Bayerns leiten", so verkennen diese Kreise, dass der Ausgang einer Landtagswahl sich nicht mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vergleichen lassen würde und dass darüber hinaus hier ganz andere Faktoren massgebend sind, die bei der Bundestagswahl nicht zum Tragen gekommen sind.

Der rechte Flügel der CSU unter der Führung des 2. Landesvorsitzenden Franz Josef Strauss, der ehemalige Kultusminister Dr. Alois Hundhammer und der ehemalige Justizminister Dr. Josef Müller treten mit gewaltigem Stimmenaufwand für die Lösung der Koalition und für die Auflösung des Landtags ein. Lediglich Dr. Hans Ehard, Ministerpräsident und 1. Landesvorsitzender, hat in massvollen Worten erklärt, dass man sich nicht von dem Wahlausgang blüffen lassen solle, da die SPD immerhin bei einer Landtagswahl damit rechnen könne, einen grossen Teil ihrer verlorengegangenen Wähler zurückzugewinnen. Als Grund für diese Voraussage gibt er die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Regierungspolitik zwischen SPD und CSU an und die Tatsache, dass die bayerischen Wähler wohl zu unterscheiden wissen zwischen einer Bundestagswahl und einer Landtagswahl.

Wie nun auch immer die Entscheidung der CSU in dieser Frage sein wird, die SPD sieht der kommenden Entwicklung mit Ruhe entgegen. Durch ihren ersten Landesvorsitzenden, Waldemar von Knoeringen,

hat sie zu verstehen gegeben, dass sie eine Auflösung des Landtags und Neuwahlen auch zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht fürchtet. Mit der gleichen Ruhe beobachtet sie die auch in den letzten Tagen wiederholt aufgetretenen Gerüchte von einer Fusion der Christlich Sozialen Union und der Bayernpartei. Dass in dieser Frage ausgerechnet der ehemalige Justizminister Dr. Müller, Kreisvorsitzender der CSU von München, die treibende Kraft ist, mutet fast wie ein Witz an, wenn man weiss, dass Müller noch vor kurzem zu denjenigen gehörte, die eine Verschmelzung dieser beiden Parteien unter allen Umständen ablehnten. Heute dagegen spricht Müller von den "trauten Waffengefährten und Kameraden", denen die CSU zu einer Rückkehr in den Schoss der christlich sozialen Familie alle Tore weit öffnet.

Und die Bayernpartei selbst? Sie hat sich in zwei erbitterte Lager geteilt. Auf der einen Seite sind es der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Anton Besold und grössere Teile der niederbayerischen, oberpfälzischen und fränkischen Landtagsabgeordneten der BP, die für ein Aufgehen in der CSU eintreten, während der Gründer der Bayernpartei, Ludwig Lallinger, der frühere Vorsitzende Dr. Fischbacher und der ehemalige niederbayerische Bundestagsabgeordnete Volkholz sich entschieden gegen Besolds Bündnispolitik wenden. Auf einer Sitzung der Landesleitung und der Landtagsfraktion wurde dann schliesslich beschlossen, die Lösung der Frage einer Fusion mit der CSU einem späteren Zeitpunkt zu überlassen, "weil die Person des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Ehard, als Hindernis für diesen Schritt angesehen wird". Beendigung der Regierungskoalition, Auflösung des Landtages, Neuwahlen und Verschmelzung der Christlich Sozialen Union und der Bayernpartei sind Probleme, die den Kurs der SPD in Bayern nicht beeinträchtigen können. Die SPD ist sich ihrer Bedeutung und ihres Wertes in der bayerischen Innenpolitik bewusst. Ausserdem gibt es in den Reihen der CSU genügend besonnene Politiker, die sich von dem letzten Wahlerfolg der CSU nicht blenden lassen und wissen, dass eine Landtagswahl mit wesentlich anderen Massstäben gewertet werden muss.

Zwei Verbände - aber zwei Welten

-dt, Hannover

Man kann Soldatentreffen auch anders organisieren und durchführen, als es bisher zumeist der deutschen und wehrschonlich noch stärker interessierten ausländischen Öffentlichkeit vorgeführt wurde. Das bewies das "Afrika-Treffen", das zwei Tage lang Hannover das Gepräge gab. Es war ein gutes und demokratisches Gepräge, auch das kritische Ausland wird, abgesehen von dem etwas zu lauten und etwas zu strahlenden Abschluss, ^{kaum} daran etwas auszusetzen haben. Man glaubt durchaus den "alten Afrikanern", was sie in § 2 ihrer Verbandssatzungen versprechen: "Einsetzen für Aufbau und Bestand unseres demokratischen Staates."

Es ist kein Zufall, dass die Treffen der "Afrikaner" anders aussehen als die Zusammenkünfte etwa der Fallschirmjäger. Ausgangspunkt aller solcher Betrachtungen ist die Tatsache, dass die "Afrikaner" keine besseren und keine schlechteren Menschen sind oder sich etwa als Soldaten voneinander unterschieden haben. Beide sind Schöpfungen der Hitler-schen "weltweiten" Strategie, beide kämpften an exponierten Punkten und beide Formationen standen stärker als andere deutsche Truppenteile im Ramponlicht der Weltöffentlichkeit. Die Fallschirmjägertreffen aber beherrscht das Vergangene. Einen breiten Raum bei ihren Zusammenkünften nehmen Darstellungen von Schlachten ein mit minutiösen Einsatzbefehlen usw. Bei den "Afrikanern" ist das nicht zu sehen, nicht weil sie sich etwa ihrer Vergangenheit zu schämen brauchten, sondern weil sie den Blick nach vorn richten.

Das liegt einzig allein an den Führern, die sich diese Verbände nach dem Krieg gewählt haben bzw. aufkotroyieren liessen. Ramcke als Exponent der Fallschirmjägerführergerade kann den NS-Jargon nicht lassen. Seine Reden strotzen von Superlativen und sein Tonfall von einem politisch-militärischen Pathos vergangener Tage. Ludwig Cruewell als Sprecher des Afrika-Korps, ehemals Panzergeneral unter Rommel, kämpft in jedem seiner Sätze gegen das Pathos, das immer nahe liegt, wenn man eine militärische Vergangenheit würdigt; schlichter, einfacher und rücksichtsvoller kann man über diese

Dinge nicht sprechen als er es tut. Rameke putscht auf, Cruewell besänftigt, auch dort, wo es um Unrecht geht. Dass auf die Dauer derjenige mehr erreicht, der sachlich und vernünftig spricht als der andere, der auf den Fisch haut, ist keine Neuigkeit. Die heutigen führenden Männer des Afrika-Korps haben, als sie aus der Gefangenschaft zurückkehrten, nicht die Hände in den Schoß gelegt und auf die Generalspension gewartet, sondern sich auch als Zivilisten bewährt. Dem allen entspricht auch der Verkehrston zwischen den "Afrikanern" und ihren ehemaligen Offizieren; es werden keine Hacken zusammengeschlagen und es wird auch nicht jovial auf die Schulter geklopft. Und es ist kein Zweifel: bei den Fallschirmjägern wäre es nicht anders, würden sie entsprechend geführt werden.

Dass die Afrikaner den Blick nach vorn richten, bewies am deutlichsten die Szene, mit der das Treffen eingeleitet wurde: Als Frau Rommel mit drei Hammerschlägen den Grundstein legte zur ersten Rommel-Siedlung im Bundesgebiet. Das erste Haus des Rommel-Sozialwerks werden vier alte Afrikaner mit ihren Familien beziehen; zwei Flüchtlinge und zwei Schwerbeschädigte. Es wird dabei nicht aus dem Vollen geschöpft, es gibt alle Kennzeichen des sozialen Wohnungsbaues wie Selbsthilfe, kapitalisierte Renten und staatliche wie kommunale Zuschüsse. "Häuser für notleidende Kameraden anstelle von Kriegerdenkmälern!" - dieses Wort Cruewells unterstrich bei der schlichten Feier auch Minister Albertz, der als erster Sozialminister in der Bundesrepublik Häuser für Schwerstbeschädigte bauen liess. Dass das Treffen weniger schlicht, sondern mit einem massiven militärischen Effekt endete, geht wohl auf das Konto des Bundesministers, der sich zu seinem politischen Abschied beim Bundesgrenzschutz einen grossen Zapfenstreich mit Feuerwerk und präsentiertem Karabiner bestellte. Das Feuerwerk mag man dabei als Symbol nehmen.